

Pflegepolitische Themen voranbringen

DBfK Südwest im Gespräch mit der Landespolitik

Damit die Interessen professionell Pflegenden in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, sucht der DBfK Südwest den direkten Austausch mit den Verantwortlichen. In Gesprächen mit den gesundheitspolitischen Sprecher:innen der Grünen und der CDU sowie dem pflegepolitischen Sprecher der CDU im baden-württembergischen Landtag brachte der Verband auch im Oktober wieder seine Positionen ein und stellte fachliche Unterlagen für die weitere politische Zusammenarbeit zur Verfügung.

Andrea Kiefer, Vorsitzende des DBfK Südwest, traf sich mit Anna Wiech, gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion. Das Gespräch bot Gelegenheit, die Anliegen der professionellen Pflege aus Verbandsperspektive einzubringen und Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit auszuloten. Wiech zeigte Interesse an vertiefenden fachlichen Informationen und Positionspapieren des DBfK. Ein weiterer Austausch wurde vereinbart.

Auch mit den CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Jens Steinat, Sprecher für Pflege- und Seniorenpolitik, und Dr. Michael Preusch, Sprecher für Gesundheitspolitik, fand ein Gespräch statt. Für den DBfK Südwest nahmen Andrea Kiefer und Geschäftsführer Uwe Seibel teil.

Um die berufspolitischen Forderungen fachlich zu untermauern, stellte der DBfK Südwest allen Gesprächspartner:innen seinen Policy Brief sowie einen Bericht und ein Rechtsgutachten zu Community Health Nursing (CHN) zur Verfügung. Die Unterlagen zeigen fachliche und rechtliche Perspektiven für die Weiterentwicklung pflegerischer Versorgungsstrukturen auf und bieten Anknüpfungspunkte für die politische Diskussion.

Der DBfK Südwest setzt sich insbesondere dafür ein, die Kompetenzen von Pflegefachpersonen besser zu nutzen, ihre eigenverantwortliche Berufsausübung zu stärken und erweiterte pflegerische Rollen wie Advanced Practice Nursing und Community Health Nursing in der Versorgung zu etablieren. Dazu braucht es politische Rahmenbedingungen, die professionelle Pflege nicht nur als unverzichtbaren Bestandteil der Versorgung anerkennen, sondern ihr auch entsprechende Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Die Gespräche mit den Landtagsfraktionen sind Teil der kontinuierlichen berufspolitischen Arbeit des DBfK Südwest. Dabei geht es darum, pflegefachliche Perspektiven frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubringen, fachliche Fragen zu klären und den Dialog auch bei unterschiedlichen Sichtweisen fortzuführen.

Für unsere Mitglieder bedeutet das: Der DBfK Südwest vertritt eure beruflichen Interessen unmittelbar gegenüber den politischen Entscheidungsträger:innen und bringt die Expertise der professionellen Pflege dort ein, wo die Rahmenbedingungen eurer Arbeit mitgestaltet werden.